

"Karl Czernetz. 'Was geht uns der Gemeinsame Markt an?'" in Arbeiter-Zeitung (24. Februar 1957)

Legende: Am 24. Februar 1957 erläutert Karl Czernetz, sozialistisches Mitglied des österreichischen Nationalrats, in der Wiener Arbeiter-Zeitung, wie wichtig die Teilnahme am wirtschaftlichen Aufbau Europas für Österreich vor allem im Rahmen einer großen europäischen Freihandelszone ist.

Quelle: Arbeiter-Zeitung. 24.02.1957, n° 47. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"karl_czernetz_was_geht_uns_der_gemeinsame_markt_an_"_in_arbeiter_zeitung_24_februar_1957-de-5c846bb8-0a8f-47cd-921a-eed9e78048f3.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Was geht uns der Gemeinsame Markt an?

Von Nationalrat Karl Czernetz

In der letzten Zeit finden wir täglich in Zeitung und Rundfunk Nachrichten über den Gemeinsamen Markt und die europäische Freihandelszone. Was geht uns Österreicher der Gemeinsame Markt an? Die Antwort ist sehr leicht zu geben. Unsere Zukunft, unser Volkswohlstand, unsere wirtschaftliche Existenz hängen mit dem Gemeinsamen Markt zusammen. Aber diese Antwort muß begründet, sie muß erklärt werden.

Wir können unseren jetzigen Lebensstandard nur erhalten, wir werden ihn in Zukunft nur erhöhen können, wenn wir die Produktivität unserer Arbeit steigern und unseren Außenhandel verstärken. Wir brauchen verschiedene Rohstoffe aus dem Ausland; und wir müssen für ihre Einfuhr mit unserer Warenausfuhr bezahlen. Die Produktivität werden wir nur dann entsprechend erhöhen können, wenn wir für unsere Industrieprodukte einen großen aufnahmefähigen Markt finden. Das gilt aber nicht nur für das kleine Österreich, es gilt genau so für alle anderen Staaten Europas.

Gegenwärtig gehen nicht weniger als 70 Prozent unseres gesamten Außenhandels nach Westeuropa, in die übrigen sechzehn Staaten des Europäischen Wirtschaftsrates, der OEEC. Diese „Organization for European Economic Cooperation“ entstand im Jahre 1948 ursprünglich als europäische Empfängerorganisation für die riesigen amerikanischen Marshall-Plan-Lieferungen. Dem Europäischen Wirtschaftsrat gehören folgende Staaten an: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei. Die OEEC ist längst zu einer sehr wichtigen ständigen Einrichtung geworden.

Im Anschluß an die OEEC entstand auch die Europäische Zahlungsunion. Bis zu ihrer Schaffung konnten wir zum Beispiel nur von einem Lande Waren kaufen, das bereit war, auch von uns Güter aufzunehmen. Diese bloß zweiseitigen Zahlungsbeziehungen lähmten den europäischen Handel. Erst die Europäische Zahlungsunion machte einen vielseitigen, einen allgemeinen europäischen Zahlungsverkehr und Handel möglich.

Nach der Liberalisierung ist für den europäischen Handel eine neue Gefahr entstanden, als verschiedene Staaten an Stelle der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen erhöhte Zölle setzten. Die europäischen Staaten heben alljährlich an ihren Zollgrenzen ungeheure Beträge ein. Man schätzt die innereuropäischen Zolleinnahmen pro Jahr auf rund 50 Milliarden Schilling. Dieser Betrag erhöht die Erzeugungskosten und die Konsumentenpreise. Für den Luxus der Zollschranken zahlen die europäischen Völker. Aber die Zersplitterung Europas in eine größere Zahl zollgeschützter Wirtschaftsgebiete hat noch eine andere und viel gefährlichere Wirkung. Die Industrien können in den kleinen nationalstaatlichen Wirtschaftsparzellen Europas nicht so auf den modernen Stand der Technik gebracht werden, wie in dem riesigen Wirtschaftsraum der Vereinigten Staaten. So bleibt Europa weit hinter Amerika zurück, obwohl unsere Arbeiter und unsere Ingenieure genau so tüchtig sind wie die amerikanischen. Die Folgen sind sehr ernst: In Amerika werden, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, mehr als dreimal soviel Güter erzeugt als bei uns in Europa! Wir bezahlen die Zersplitterung unseres Wirtschaftsraumes mit einem wesentlich schlechteren Lebensstandard.

Die Montanunion

Nicht lange nach der Entstehung des Europäischen Wirtschaftsrates haben sich sechs westeuropäische Staaten im Jahre 1952 zu der engen „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ zusammengeschlossen. Dieser sogenannten Montanunion gehören Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg an. Die Montanunion beseitigte alle Zölle auf Kohle, Koks, Eisen, Schrott und Stahl im Verkehr zwischen den sechs Ländern. So war ein zollfreier gemeinsamer Markt unter einer neuartigen übernationalen Hohen Behörde entstanden. Im Rahmen des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl konnten die sechs Staaten ihre Produktion außerordentlich erhöhen und ihre Handelsbeziehungen verstärken. Die Montanunion wurde ein großer Erfolg. Aber die Begrenzung der Wirtschaftsgemeinschaft auf wenige Waren führte zu neuen Schwierigkeiten. Im Sommer 1955 stellten die Vertreter der Sechs auf

der Konferenz von Messina fest, daß der Gemeinsame zollfreie Markt von Kohle und Stahl auf alle anderen Güter ausgedehnt werden müsse: aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollte eine allgemeine Zollgemeinschaft und Wirtschaftsunion werden.

Österreich ist durch diese Entwicklung außerordentlich stark betroffen. Nicht weniger als 50 Prozent unseres Außenhandels verbinden uns mit den Staaten der Montanunion, 25 Prozent unsere Eisen- und Stahlexports gehen in diese Länder. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits zu spüren bekommen, was es bedeutet, daß diese sechs Staaten einen zollfreien Markt für Kohle und Stahl geschaffen haben. Während sie diese Waren ohne Zollschränken untereinander austauschen konnten, mußten wir mit unseren Eisen- und Stahlexports eine Zollmauer übersteigen. Das war in den letzten Jahren möglich, weil bei der besonders guten Konjunktur eine starke Nachfrage vorhanden war. Wir konnten außerdem der Konkurrenz standhalten, weil unsere verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie große Investitionen vorgenommen, weil sie eine besonders hohe Produktivität erreicht hatte. Aber wir wissen sehr wohl, daß wir bei einer Verschlechterung der Konjunktur leicht in Schwierigkeiten geraten könnten.

Der Gemeinsame Markt

Die Regierungen der sechs Montanunion-Staaten haben sich nun über die Bildung des Gemeinsamen Marktes geeinigt. Der Vertrag soll Anfang März unterzeichnet werden. Er soll noch im Sommer von den Parlamenten der sechs Länder ratifiziert werden und sofort in Kraft treten. Nach einem genauen Plan sollen in zwölf bis fünfzehn Jahren alle Zölle für alle Waren im Verkehr zwischen diesen sechs Ländern beseitigt werden. Gleichzeitig sollen alle Ein- und Ausfuhrbeschränkungen verschwinden. Die sechs Staaten bilden eine Zollunion mit einem gemeinsamen Zolltarif nach außen. Die gemeinsamen Außenzölle sollen eine durchschnittliche Höhe haben und zwischen den Sätzen der Hoch- und Niedertzollländer liegen. Schon im Sommer 1958 sollen die ersten Zollherabsetzungen in allen sechs Ländern vorgenommen werden.

Der Gemeinsame Markt wird aber weitaus mehr als eine Zollgemeinschaft bilden, er wird zu einer Wirtschaftsunion werden. Preise und Löhne, Steuer- und Wirtschaftsgesetze, Sozialpolitik und Sozialversicherung werden in den sechs Ländern immer mehr einander angeglichen werden. Kapital und Arbeitskraft werden ohne Grenzschwierigkeiten von einem Land ins andere wandern können. Schließlich sollen auch die Währungen einander angepaßt werden. Große Schwierigkeiten bereitet die Einbeziehung der überseeischen Besitzungen, vor allem Frankreichs. Aber auch diese Frage soll nun durch ein Kompromiß versuchsweise gelöst werden.

Gleichzeitig mit der Schaffung des Gemeinsamen Marktes wird auch auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie ein gewaltiger Schritt nach vorwärts getan. Die sechs Länder bilden eine Atomenergiegemeinschaft, das „Euratom“, unter einer neuen gemeinsamen Behörde. Nur sie wird die Rohstoffe für die Gewinnung der Atomenergie besitzen, sie wird Forschungen und Versuche zusammenfassen und über die Verwendung der Atomenergie eine strenge Kontrolle ausüben. Niemand kann leugnen, daß hier eine ungeheure Entwicklung begonnen hat.

Die Freihandelszone

Dieser Gemeinsame Markt mit seinen 165 Millionen Menschen entsteht nun an den Grenzen unseres kleinen Österreich. Kann noch jemand fragen, was uns das angeht? Während unter den sechs Staaten die Zölle Jahr für Jahr herabgesetzt werden, wären unsere Warenlieferungen weiter mit Zöllen belastet. Das betrifft nicht weniger als 50 Prozent unseres Außenhandels!

England hat die Entwicklung in Europa mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Man hält es dort für unerträglich, wenn die deutsche Industrie einen zollfreien Markt von 165 Millionen Menschen beliefern könnte, während die englische Industrie durch Zollschränken von diesem Markt ausgeschlossen wäre. Großbritannien muß aber gleichzeitig auf das Weltreich Rücksicht nehmen. Zwischen England und dem Commonwealth besteht ein weitläufiges System von Vorzugszöllen, die für den Weiterbestand des Weltreiches von großer Bedeutung sind. England will sich daher dem Gemeinsamen Markt nicht anschließen, aber es will sich von ihm auch nicht ausschließen lassen. So hat man in England den alten

Vorschlag auf Schaffung einer europäischen Freihandelszone aufgegriffen. Die Freihandelszone soll die sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes und außerdem noch die übrigen elf Mitgliedstaaten der OEEC umfassen. So soll für alle siebzehn Mitgliedstaaten der OEEC ein zollfreier Markt gebildet werden. Während aber die sechs Staaten der Zollunion ein neues gemeinsames Zollsystem nach außen schaffen, behält jeder der übrigen elf Staaten der Freihandelszone sein eigenes Zollsystem für den Warenverkehr mit Staaten außerhalb der europäischen Mitglieder der OEEC. Noch ein weiterer Unterschied ist wichtig. Während der Gemeinsame Markt der Sechs alle Waren, auch die landwirtschaftlichen Produkte umfassen wird, besteht England darauf, Nahrungsmittel aus dem Vertrag über die Freihandelszone auszuschließen. Für Nahrungsmittel sollen also weiterhin die nationalen Zölle Geltung haben.

Dieser Plan zur Bildung einer Europäischen Freihandelszone ist vor den Experten der OEEC gründlich geprüft und für durchführbar erklärt worden. Vor zwei Wochen hat das Ministerkomitee der OEEC-Staaten den Bericht der Experten zur Kenntnis genommen und den Auftrag gegeben, einen Vertragsentwurf für die Bildung der Freihandelszone auszuarbeiten.

Es ist klar, daß die Freihandelszone nicht später in Kraft treten darf als der Gemeinsame Markt, weil sich sonst im Handelsverkehr zwischen den sechs Staaten der Zollunion und den übrigen elf Staaten der OEEC Schwierigkeiten ergeben müßten. Wer sich diese Tatsachen vor Augen hält, muß erkennen, daß Österreichs Wirtschaftsleben davon abhängt, ob wir in den zollfreien Markt eingeschlossen sind oder nicht. Würde sich im Laufe von zwölf bis fünfzehn Jahren rund um die engere Wirtschaftsunion der Sechs eine Freihandelszone von rund 280 Millionen Menschen ohne das kleine Österreich mit seinen sieben Millionen bilden, dann wäre eine Katastrophe für uns unvermeidbar. Wir könnten kaum mehr exportieren, wir könnten die notwendigen Importe nicht bezahlen; Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit wären nicht mehr zu halten. Deshalb geht der Gemeinsame Markt jeden von uns an.

Niemand kann sich freilich über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen. Preise und Löhne, Wirtschafts- und Steuergesetze sind in den siebzehn Ländern des europäischen Wirtschaftsrates sehr verschieden. Nicht nur im Gemeinsamen Markt der Sechs, sondern auch in der Freihandelszone der Siebzehn wird eine Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erfolgen müssen, wenn die äußeren Schranken und Zollmauern allmählich verschwinden. Ein gemeinsamer zollfreier Markt wird am Ende für alle arbeitenden Menschen in ganz Europa von Vorteil sein. Seine Schaffung aber wird nicht ohne Opfer vor sich gehen — die allerdings nicht von den Arbeitern allein gebracht werden können. Die Lasten werden von allen Klassen gemeinsam getragen werden müssen. Wer glaubt, daß er sich die Opfer der Umstellung ersparen kann, indem er sich vom Gemeinsamen Markt oder der Freihandelszone fernhält, der irrt. Er würde dann nicht nur vorübergehende Opfer in einer Umstellungszeit auf sich zu nehmen haben, sondern dauernd wesentlich größere und schwerere Opfer bringen müssen.

Es gibt viel Kritik an diesen Plänen und große Sorgen. Aber die ganze freie Welt begrüßt die Schaffung der wirtschaftlichen Einheit Europas. Die Überwindung der nationalstaatlichen Zersplitterung Europas, die Beseitigung der Zollmauern und Wirtschaftsschranken ist von größter Wichtigkeit für uns alle. Es ist auch für Österreich eine Lebensfrage, bei der sich bildenden Wirtschaftseinheit Europas in der einen oder der anderen Form dabei zu sein.